

|                                      |                |                                      |
|--------------------------------------|----------------|--------------------------------------|
| NIEDERSCHRIFT<br><br>Stadt Karlsruhe | Gremium:       | 24. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b> |
|                                      | Termin:        | 31. Mai 2016, 15:30 Uhr              |
|                                      |                | öffentlich                           |
|                                      | Ort:           | Bürgersaal des Rathauses             |
|                                      | Vorsitzende/r: | Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup  |

7.

**Punkt 7 der Tagesordnung: Gemeinwohl-Gemeinde Karlsruhe**  
**Antrag der Stadträtinnen und Stadträte Bettina Lisbach, Joschua Konrad,**  
**Dr. Ute Leidig und Zoe Mayer (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**  
**vom 23. März 2016**  
**Vorlage: 2016/0156**

**Beschluss:**

Kenntnisnahme und Weiterbehandlung in der Klausurtagung des Gemeinderates.

**Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** Die Gemeinwohl-Ökonomie ist eine internationale Bewegung, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, die Wirtschaft – als wirtschaftlicher Akteur beteiligt sich auch die Stadtverwaltung durch die Gesellschaften - stärker an den Aspekten Soziales, Nachhaltigkeit und demokratische Mitbestimmung, sowohl was die Mitarbeiterschaft angeht, aber was auch die Gesamtgesellschaft angeht, auszurichten. Das hat Auswirkungen auf das Handeln diverser wirtschaftlicher Akteure. Was nach außen hin geschieht, kann geregelt werden. Steuern ist eine Vorstellung. Viel lieber ist es den Leuten, man geregelt es möglichst freiwillig.

Ein Ansatz dazu gibt eine Gemeinwohlbilanz. Das machen viele Unternehmen, auch schon freiwillig. Sie stellen eine Gemeinwohlbilanz auf, überlegen sich, wo stehen wir in diesen Bereichen und bekommen dadurch, dass sie sie auditieren lassen, auch immer wieder Werkzeuge an die Hand, wie sie sich verbessern können.

Dann haben wir einen Antrag gestellt, dass die Stadt sich erst einmal mit einer Gesellschaft am Prozess beteiligt, dass eine städtische Gesellschaft sich anschließt und geprüft wird, wie man weiter vorgehen kann, um eine Gemeinwohl-Gemeinde zu werden, was auch durch eine Förderung des Gedankens der Gemeinwohlökonomie in der freien

Wirtschaft getan werden kann. Wir haben als erstes die Reaktion bekommen, dass die Verwaltung mehr Zeit braucht. Ehrlich gesagt, habe ich mich darüber gefreut, weil ich gedacht habe, da wird sich jetzt intensiv Gedanken darüber gemacht. Deswegen wird es um eine Sitzung verschoben. Entsprechend enttäuscht war ich, dass ich eine so kurze Antwort von einer halben Seite bekommen habe. In dieser Vorlage steht u. a., dass die Erfüllung der Kontrolle von der Gemeinwohlausrichtung der Gesellschaften in den Aufsichtsräten schon stattfände. Es ist schwierig. Als Aufsichtsrat mehrerer städtischer Gesellschaften geht es uns darum - wie bei einer GmbH - , dass man wirtschaftlichen Erfolg hat. Das ist das Wesen einer GmbH. Das ist das Wesen von allen Unternehmen.

Die Nachvollziehbarkeit der Gemeinwohlauswirkung ist so nicht gegeben. Es ist nicht die primäre Aufgabe des Geschäftsführers, den Aufsichtsrat darüber zu informieren. Aber für die Unternehmen der öffentlichen Hand sollte das schon die Prämisse sein. Warum gründen wir Unternehmen? Wir gründen als Stadt keine Unternehmen, damit diese uns Geld in die Kassen scheffeln. Das würde auch überhaupt nicht funktionieren, sondern es ist immer der Hintergedanke – die Bürgerinnen und Bürger erwarten das auch -, dass diese Gesellschaften etwas für das Gemeinwohl tun. Viele tun das schon. Wir nehmen auch wahr, dass viele Gesellschaften sehr aktiv sind. Dennoch wünschen wir uns eine stärkere Nachvollziehbarkeit, die dadurch gegeben werden könnte.

Allerdings ist die Antwort so ablehnend vor dem Hintergrund des klammen Haushaltes, dass wir neben der grundsätzlichen Frage, ob wir überhaupt noch großartig gestalterisch tätig werden können oder ob wir jetzt nur noch den Mangel verwalten, auch glauben, dass man noch in eine stärkere Diskussion über dieses Thema kommen muss.

Die Initiative der Gemeinwohlökonomie hat sich gestern in einer E-Mail an die Fraktionen gewandt und noch einmal darum gebeten, die Debatte zu vertiefen, die zivilgesellschaftlichen Akteure und auch Unternehmerinnen und Unternehmer mit einzubeziehen, um diesen Gedanken voranzubringen. Daher möchten wir das Thema noch in den Ausschuss verweisen.

**Stadträtin Wiedemann (CDU):** Ich wollte es eigentlich ganz kurz machen und mich auf die Aussage der Verwaltung beschränken. Aber ich habe mir gedacht, ich höre mir erst einmal an, was mit diesem Antrag gemeint ist. Ehrlich gesagt, kann ich mit dem Antrag Gemeinwohl-Gemeinde nichts anfangen. Wir sind eine Gemeinwohl-Gemeinde.

Vorhin hat sich eine Kollegin von Ihnen in den Stadtrat eingebracht, mit dem Geloben, für das Gemeinwohl der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Wenn man Ihren Antrag liest, dann meint man, wir sind alles Akteure, die nur für sich arbeiten, die ihre Eigeninteressen durchsetzen wollen usw. Das ist nicht der Fall. Wir sind eine Gemeinwohl-Gemeinde. Unsere Stadt ist interessant für alle. Wir haben einen Zuwachs, Karlsruhe wächst. Wenn wir so schlecht wären und uns nicht um die Allgemeinheit kümmern würden, würden wir schrumpfen und nicht wachsen.

Das Ziel von uns allen ist das Gemeinwohl. Das Gemeinwohl setzt sich aus mehreren Dingen zusammen, nicht nur aus den wirtschaftlichen, die Sie ansprechen. Es sind verschiedene Faktoren. Eine Gesellschaft, eine Gemeinschaft setzt sich nicht nur aus einer Gruppierung zusammen, sondern aus vielen Gruppierungen. Es ist natürlich immer

schwierig, ein Ziel zu finden, weil es unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Auffassungen gibt. Wenn wir aber nur eine Auffassung haben, dann ist es mit Bevormundung fast gleichzusetzen. Das ist jetzt meine persönliche Einlassung dazu.

Die Stadt Karlsruhe ist sehr aktiv in der Bürgerbeteiligung. Sie haben es gerade im vorhergehenden Tagesordnungspunkt gehört. Eine Bürgerbeteiligung, die vorbildlich ist, nicht nur in der Nordweststadt, sondern auch in Mühlburg, in Knielingen, in Durlach-Aue usw. Die Bürger werden mitgenommen. Die Bürger können auf Bürgerversammlungen gehen, können ihre Anliegen vortragen, können vehement dagegen sein. Die Bürger können sich einbringen. Die Bürger können bei der nächsten Gemeinderatswahl entscheiden und sagen, die haben sich eingesetzt für unser Gemeinwohl und die nicht, die wählen wir nicht wieder. Warten wir ab, was in einigen Jahren passieren wird. Die Jugendlichen können sich einbringen. Wir haben in unserer Stadt eigentlich nichts, wo das Gemeinwohl nicht an vorderster Front steht. Die Firmen oder städtischen Gesellschaften haben sich das ebenfalls zum Ziel gesetzt, sei es im Klimaschutz, sei es in der Mitarbeiterbetreuung, sei es im Aussehen.

Deswegen verstehe ich Ihren Antrag nicht. Wenn ich dann lese, dass es fünf Gemeinden gibt, vier in Südtirol und eine in Spanien, die dieses Gemeinwohl machen, dann frage ich mich: Wo sind wir hier? Haben wir nichts anderes zu tun, als hier etwas Neues zu erfinden, was wir sowieso schon machen?

**Stadträtin Fischer (SPD):** Ganz so einfach darf es sich die CDU nicht machen. Ich will zitieren aus dem Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung Baden-Württemberg: Mit einem Pilotprojekt Gemeinwohlbilanz wollen wir bei einem Unternehmen mit Landesbeteiligung dessen Wertschöpfung umfassend und transparent darstellen. Diese Erkenntnisse wird das Land privatwirtschaftlichen Betrieben, die dies wünschen, zur Verfügung stellen und so Unternehmen fördern, die ihr wirtschaftliches Handeln mit Hilfe einer Gemeinwohlbilanz neu ausrichten möchten. Soviel aus dem Koalitionsvertrag, den ich mir sehr zu Herzen genommen habe.

Gleichwohl will ich dazu sagen, es ist ein großes und wichtiges Thema zur Weiterentwicklung unserer Stadtgesellschaft. Der Kollege Konrad hat einiges dazu gesagt. Gemeinwohl als Arbeitsgrundlage im Haushaltsstabilisierungsprozess ist sicher eine ganz wichtige Sache. Wir haben uns auch bei den Sozialklausuren an mancher Stelle immer mal diesen Gemeinwohlgedanken als Steuerungselement vor Augen geführt, aber nur in Ansätzen. Deshalb halte ich das grundsätzlich für einen sehr guten und wichtigen Weg.

Allerdings – da kommt jetzt meine Einschränkung – wird hier der dritte Schritt vor dem ersten gemacht. Der Antrag lässt die notwendigen Schritte auf dem Weg zur Umsetzung völlig unberücksichtigt. Bereits die Antragsformulierung steht im Widerspruch zur Gemeinwohlidee. Es steht im Antrag drin „Stadtverwaltung weist eine stadteigene Gesellschaft an“. Eine wesentliche Grundvoraussetzung der Gemeinwohlbilanz ist jedoch Mitbestimmung und Transparenz und nicht Anweisung. Ohne Teilhabe fehlt bereits dem Entwicklungsprozess zur Nachhaltigkeit diese wesentliche Grundvoraussetzung. Bevor an Umsetzungsschritte gedacht wird, sind deshalb eine grundlegende Informati-

on aller Beteiligten und eine gemeinsame Verständigung von Politik und Verwaltung über die eigene Zielsetzung erforderlich.

Mögliche Schritte zu einer Gemeinwohlgemeinde könnten aus meiner Sicht sein, und dies halte ich für unsere Stadt für dringend erforderlich: Entwicklung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie, die alle Faktoren des Gemeinwohls umfasst. Wir haben dies bisher nur in Ansätzen, insbesondere nur im ökologischen Bereich. Aber ich denke, der soziale Bereich und der Bereich der demokratischen Mitwirkung ist hier wesentliches Element, was ebenfalls berücksichtigt werden sollte.

Ich könnte mir vorstellen, dass wir uns in unserer nächste Klausursitzung des Gemeinderats mit diesem Gedanken intensiver beschäftigen könnten. Denn es ist zunächst eine politische Aufgabe und keine Aufgabe der Verwaltung. Ich würde mich an so einem Prozess gerne beteiligen.

**Stadtrat Hock (FDP):** Man schüttelt sich doch manchmal, was für Anträge hier in den Gemeinderat kommen. Dieser Antrag hat mich schon etwas irritiert, zumal man wissen muss und vielleicht auch einmal tiefer in die Materie einsteigen sollte, was Gemeinwohloökonomie effektiv heißt und wer es landauf, landab in verschiedensten Vorträgen – auch bei den Grünen – aufs Tapet bringt und sagt, was es für Fortschritte in Deutschland bewirken könnte, wenn man dies so durchführt.

Christian Felber ist jemand, der Vorträge in diesem Bereich durchführt und völlig überzeugt von seinen Thesen ist. Wenn man einmal einige Punkte herausgreift, die man sich auf der Zunge zergehen lassen sollte, wird man schon stutzig. Ich zitiere: Bei Großunternehmen gehen ab einer bestimmten Größe, z. B. 250 Beschäftigte, Stimmrecht und Eigentum teil- und schrittweise an die Beschäftigten und die Allgemeinheit über. Oder weiter: Die Regelerwerbsarbeitszeit wird schrittweise auf ein mehrheitlich gewünschtes Maß von z. B. 20 – 30 Wochenstunden reduziert. Jedes 10. Berufsjahr ist ein Freijahr und wird durch ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziert.

Wenn man dann dazu einige Kritiker hört und diese zitiert, dann möchte ich das heute auch tun. Erhard Fürst, ehemaliger Chefökonom der österreichischen Industriellenvereinigung, sieht in Gemeinwohloökonomie einen Wegweiser in Armut und Chaos. Er nimmt an, dass bei einer Umsetzung in einem Land wie Österreich vergesellschaftete Banken, Versicherungen und Pensionskassen zusammenbrechen und Unternehmen massiv ins Ausland verlagert werden würden.

Das sind Punkte, die man dann auch nennen muss, wenn man heute solch einen Antrag in den Karlsruher Gemeinderat bringt und von Mitbestimmung und Transparenz spricht. Meine Fraktion hat jetzt vernommen, dass dieser Antrag in einen Ausschuss delegiert werden soll. Das können wir gerne tun. Wir können uns dort gerne mit Ihnen weiter auseinandersetzen. Aber wir wollen das nicht. Wir würden gerne diesen Antrag heute endbesprechen und ablehnen. Denn meine Kollegen – wie Stadträtin Wiedemann auch schon gesagt hat – finden das heute für nicht wichtig. Es gibt wichtigere Themen in diesem Gemeinderat und wichtigere Aufgaben, die die Stadt Karlsruhe in den nächsten zwei, drei Jahren bewältigen muss.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, es ist zwar alles wunderbar, was Sie geschrieben haben und was Sie sich gerne wünschen. Aber diesen Antrag kann die FDP-Fraktion nicht unterstützen. Wir werden diesen Antrag, wenn er weiter besprochen werden sollte, auf den einzelnen Ebenen mit Ihnen gerne im Detail noch weiter besprechen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es ein Antrag zur Gemeinwohl-Gemeinde und Gemeinwohlbilanz ist und noch kein Antrag zur Gemeinwohloökonomie und die entsprechenden, dann daraus abzuleitenden Folgerungen.

Ich möchte weiter darauf hinweisen, so ist auch die Antwort der Stadtverwaltung gemeint, dass diese drei Themen Soziale Gerechtigkeit, Ökologische Nachhaltigkeit und Demokratische Strukturen eigentlich Themen sind, denen wir uns als Stadt sowieso schon verpflichtet haben. Wir sind auch im Rahmen von Nachhaltigkeitsdebatten eine Stadt, die für sich in Anspruch nimmt, dies zu ihrem Thema zu machen. Herr Stapf ist heute z. B. nicht da, weil er bei einem wichtigen Nachhaltigkeitskongress in Berlin die Stadt Karlsruhe vertritt, weil wir dort auch Mitglied sind. Wir haben auch kürzlich zum Thema Nachhaltigkeit eine Vereinbarung mit dem Land unterschrieben.

Das Problem der Stadtverwaltung ist, dass mit dieser Form von Gemeinwohlbilanz eine zusätzliche Aufgabe aufgebürdet wird, nach bestimmten Kriterien eine Bilanz zu erstellen. Wir halten es für empfehlenswerter, die drei Themen Soziale Gerechtigkeit, Ökologische Nachhaltigkeit und Demokratische Strukturen in den einzelnen städtischen Gesellschaften, wie in der Stadt insgesamt, einzufordern und mit uns weiterzuentwickeln. Sie können dann kompetent entscheiden, wo es noch Defizite gibt und wo man eine Entwicklung voranbringen sollte. Wir glauben, dass wir dieses sehr aufwändige Verfahren einer Gemeinwohl-Bilanz nicht unbedingt brauchen. Insofern habe ich Ihre etwas sybillinische Aussage, Herr Hock, dass Sie gerne in Ausschüssen darüber noch diskutieren wollen, es aber gleichzeitig heute gerne ablehnen, jetzt nicht ganz verstanden.

Ich würde Ihnen jetzt folgenden Vorschlag machen wollen und mich am Vorschlag von Frau Stadträtin Fischer orientieren: Wir zeigen Ihnen einmal auf, wo wir im Rahmen von Nachhaltigkeit derzeit schon in verschiedenen Strukturen tätig sind, z. B. Nachhaltigkeitsrat usw. Dann entscheiden Sie auf der Klausurtagung, welche dieser Parameter oder welche dieser Betrachtungsebenen wir zur Grundlage machen wollen, uns dann in der Diskussion weiterzuentwickeln, statt jetzt in verschiedenen Bereichen letztlich doch immer wieder dieselbe Sache aufgrund verschiedener Kriterien einstufen zu wollen. Das ist die Fortsetzung der Diskussion, die wir vorhin bei diesem Rankingthema hatten.

Insofern mein Vorschlag, wenn Sie damit einverstanden wären, wir verweisen den Antrag in die Klausur und würden es noch etwas aufarbeiten. Dann sagen Sie noch einmal, was Sie sich vorstellen, wie wir das Thema Nachhaltigkeit strukturell angehen sollen. Das ist ein sinnvollerer Ansatz. Da haben wir dann auch die Zeit dazu. Wenn das so für Sie in Ordnung wäre, wäre dieser Antrag jetzt erst einmal erledigt. Aber wir diskutieren dieses Thema, wie wir diese drei Parameter monitoren wollen. Darum geht es. Das diskutieren wir dann anhand verschiedener Möglichkeiten, die wir Ihnen noch einmal aufzeigen würden.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
10. Juni 2016